

Minarettstreit – ein Einfallstor für rechten Kulturkampf?

Hintergründe und Fakten zum antiislamischen Rechtspopulismus

Von Alexander Häusler¹

Die maßgeblich von der rechtspopulistischen SVP inszenierte und gewonnene Volksabstimmung gegen Minarettbau in der Schweiz zeigt die politische Sprengkraft eines kulturell-religiös überformten antimuslimischen Rassismus.

Für die rechtspopulistisch modernisierte extreme Rechte in Europa hat diese Volksabstimmung "Vorbildcharakter" - von Italien über Österreich bis in die Niederlande wurden Stimmen zur Nachahmung laut. Hierzulande ringen alle Rechtsaußenparteien um propagandistische Vorherrschaft auf das Angstthema Islamismus: Sowohl die NPD, die DVU als auch die REPs inszenieren Kampagnen gegen Moscheebau.

In Nordrhein-Westfalen versucht sich die extrem rechte „Bürgerbewegung pro Köln/NRW“² gar populistisch als "die Anti-Islam-Partei" von Rechts zu inszenieren und damit landes- und bundesweit unter dem Label "pro" zu expandieren. Mit dem kürzlich vollzogenen demonstrativen Eintritt des schweizerischen SVP-Funktionärs Andreas Glarner bei "pro Köln" erhält die "PRO"-Bewegung propagandistischen Auftrieb bei ihrem Versuch, den islamfeindlichen Populismus der SVP zu importieren. Dazu kopiert die „PRO“-Bewegung für die Landtagswahlen in NRW im Mai 2010 die schweizerischen Plakatmotive gegen Minarettbau und ruft effekthascherisch zu einer „Anti-Minarett-

¹ Der vorliegende Text ist eine modifizierte und gekürzte Fassung der von mir gemeinsam mit Hans-Peter Killguss verfassten Einleitung zu dem Tagungsband „Feindbild Islam. Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen. Dokumentation zur Fachtagung vom 13. September 2008“, Beiträge und Materialien der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, Köln 2008 (Hrsg. Häusler Alexander / Killguss, Hans-Peter)

² Wir betrachten die Bürgerbewegung als **extrem rechte** Organisation, die mit ihrem öffentlichen Auftreten, ihrem Stil und Habitus und zum Teil auch ihren Inhalten einen **rechtspopulistischen** Ort besetzen will. Zur Auseinandersetzung um Rechtspopulismus versus Rechtsextremismus vgl.: Häusler 2008.

Konferenz“ im Ruhrgebiet auf. Damit versucht die Rechtsaußenpartei, ihr damaliges, als „Anti-Islamisierungskongress“ bezeichnetes populistisches Wahlkampfespektakel im Vorfeld der letzten Kommunalwahlen im Frühjahr 2010 öffentlichkeitswirksam zu wiederholen. Dafür wird zudem ein „Sternmarsch“ zur Moschee in Duisburg-Marxloh angekündigt und versucht, mit anderen europäischen Rechtsaußenparteien ein „EU-Bürgerbegehren gegen Minarettbau“ zu inszenieren.

„Pro Köln/NRW“ wie auch die anderen deutschen Rechtsaußenparteien folgen damit dem Beispiel wesentlich erfolgreicherer Rechtsaußenparteien in Europa, die erkannt haben, dass mit dem neuen Kulturrassismus mehr Stimmen einzufangen sind.

Damit droht die emotional aufgeladene Debatte um Minarettbau zu einer Projektionsfläche für einen populistisch aufgeladenen Kulturkampf zu werden, mit dem sich die Rechtsaußenparteien politischen Geländegewinn zu erkämpfen versuchen.

Er wird populistisch gefüttert durch die Mär von der „schleichenden Islamisierung.“ „Abendland gegen Morgenland“, so der Schlachtruf von Rechtsaußen; „Nationale Identität“ gegen „Überfremdung“ so die unheilvolle Botschaft, die den Rassismus normalisiert.

1. Feindbild Islam

Debatten um den Islam sind selten von großer Sachlichkeit geprägt. Das hier vorherrschende Bild vom Islam ist nach Ansicht des Theologen Thomas Naumann „stark angstbesetzt und von tief gegründeten Vorurteilen bestimmt.“ Laut Naumann fungiert der Islam „gewissermaßen als Gegenbild europäischer Werte, nicht erst seit den Anschlägen vom 11. September, sondern schon im Verlauf einer langen Geschichte europäisch-orientalisch/islamischer Beziehungen, die bis ins frühe Mittelalter zurück reichen“ (Naumann 2006, 8).

Besonders dort, wo der Islam im öffentlichen Raum Sichtbarkeit beansprucht - symbolisiert durch das Kopftuch oder das Minarett - entzünden sich mit erstaunlicher Vehemenz geführte Auseinandersetzungen.

Geprägt sind diese von Stereotypisierungen, mittels derer die als fremd definierte Gruppe homogenisiert wird. Ignoriert werden dabei die sehr komplexen Entstehungsprozesse der verschiedenen religiösen Vorstellungen im Islam, die geprägt sind von diversen politischen Faktoren und individuell unterschiedlich gelebten Alltagspraxen in den „Herkunfts“- und Einwanderungsländern. Dass diese wiederum vielfachen Neu- und Reinterpretationen unterliegen und auch der sozialen Identifikation dienen, droht ebenso aus dem Blick zu geraten.

Auch wenn die um einen „Dialog der Religionen“ oder interkulturellen Austausch bemühten Akteure immer wieder eine differenzierte Betrachtungsweise des Islam einfordern, wird sowohl im medialen Diskurs als auch in den „Alltagsdebatten“ oft nicht deutlich genug zwischen dem Islam und seinen fundamentalistischen

Ausdrucksformen unterschieden. Davon zeugen nicht allein entsprechende Reportagen in den Boulevardblättern oder der europaweit beachtete Diskussionsverlauf um die Kölner Moschee, sondern auch Umfragen und Studien, die eine weite Verbreitung diskriminierender Einstellungsmuster gegenüber Muslimen belegen.

Von der **Inszenierung eines Feindbildes Islam** muss dann gesprochen werden, wenn der Islam pauschal als eine gewaltförmige und archaische „Ausländerreligion“ dargestellt wird, für die es in den europäischen Gesellschaften angeblich keinen Platz gibt. Die rassistische Komponente derartiger Feindbilder kommt dadurch zum Ausdruck, dass die Glaubensfrage mit der Zuwanderungsfrage verknüpft wird: *Zugewanderte = Islam = Islamismus*, so die dabei bemühte Analogie, die von ausgrenzenden Zuschreibungen geprägt ist. Die dort kolportierte Metapher einer „schleichenden Islamisierung“ durch die Zugewanderten ist „eine Verschwörungsfantasie, die die drohende Machtübernahme durch Muslime aufgrund des demografischen Faktors prognostiziert“ (Königseder 2008, 17). Nach Ansicht des Leiters des Zentrums für Antisemitismusforschung, Wolfgang Benz, hat das Feindbild Islam Eingang gefunden in die öffentliche Debattenkultur: „Das auf Ressentiments gegründete, mit Stereotypen agierende, verbreitete Ängste instrumentalisierende Feindbild hat sich auf einem politisch-sozialen Aktionsfeld etabliert, das Impulse von Moscheebau-Projekten, aus Debatten über Kopftuch und Zwangsehe, über die von Aufgeregten und Fanatikern beschworene und von Geängstigten geglaubte Gefahr einer Islamisierung Europas erhält“ (Benz 2008, 9)

Der Islam eignet sich besonders dazu, Differenz zwischen der eigenen Wir-Gruppe und dem Anderen zu markieren. Konflikte werden so vor allem auf eine vermeintlich kulturell-religiöse Differenz oder auf Mentalitätsunterschiede zurückgeführt. Diese kulturalisierenden Zuschreibungen bringen mehrere Problematiken mit sich:

1. Pauschalisierungen und Stereotypisierungen leisten einem anti-muslimischen Rassismus³ Vorschub, auf dessen Grundlage Muslimas und Muslimen die Realisierung gesellschaftlicher Teilhabe und politische Partizipation verwehrt wird. Einem solchen Denken inhärent ist, dass Grundrechte (wie das Recht auf Religionsfreiheit) nicht als Anspruch eines jeden, der

³ Im Unterschied zum Begriff der Islamophobie, der eine Pathologisierung eines gesellschaftlichen Phänomens suggeriert, deutet der Begriff des Rassismus darauf hin, dass er sich antimuslimischer Rassismus „nicht primär gegen eine Religion“ richtet, sondern er „essenzialisiert (orientalisiert, islamisiert) soziale, kulturelle, gesellschaftliche und politische Phänomene und legt als muslimisch markierte Individuen und Gruppen auf die konstruierten Merkmale fest“ (Attia 2008, 9-10).

Teil dieser Gesellschaft ist, verstanden werden, sondern als Privileg, das abhängig von Wohlverhalten und Integrationsbereitschaft zugeteilt wird.

2. Sie verfestigen ein Verständnis von Kulturen als statisch einander gegenüber stehende Blöcke mit unverrückbaren Wesenmerkmalen. Insofern ist auch ein wohlmeinender Begriff von „Multikulturalismus“, der Toleranz zwischen fremden Kulturen predigt und dabei die Wahrnehmung von Kollektiven statt von Individuen zu verfestigen droht, zu hinterfragen.

3. Verallgemeinerungen verhindern eine sachliche und differenzierte Debatte um die real existierende und zu kritisierende Entwicklung reaktionärer und antidemokratischer Einstellungs- und Verhaltensmuster im Namen des Islams. So gibt es, beispielsweise im Kontext von Moscheevereinen, selbstredend Dominanzverhalten, patriarchale Geschlechterverständnisse oder Religionsinterpretation, die mit der universellen Gültigkeit von Menschenrechten nichts gemein haben und einem integrationspolitischen Austausch entgegenstehen. Diese Tendenzen sind als solche auch deutlich zu kritisieren. Sie jedoch alleine auf die ethnischen Communities von Zugewanderten zu projizieren, hieße sich unglaublich und blind für ähnliche problematische Einstellungsmuster in der deutschen „Mehrheits“gesellschaft zu machen.

2. Modernisierungsbestrebungen von Rechtsaußen

Die gegenwärtigen propagandistischen Modernisierungsversuche der extremen Rechten sind gekennzeichnet von einem antiislamischen Populismus, der mit völkisch-rassistischen Parolen aufgeladen wird. So verkündete etwa die NRW-Landesvorsitzende der *REPs*, Uschi Winkelsett, in einer Pressemitteilung der Partei anlässlich der Einweihung der *DITIB*-Moschee in Duisburg-Marxloh: „Wer einen Moscheebau als Musterbeispiel der Integration feiert, lässt die Maske als Kollaborateur der schleichenden Islamisierung fallen. Wer Parallelgesellschaften wie in Duisburg-Marxloh feiert und fördert, verabschiedet sich gleichzeitig von einer Integration der Zuwanderer in die mitteleuropäische Werteordnung.“ Der Moscheebau wird hierbei in rassistischer Manier als eine Form von Landnahme dargestellt: „Wie Verrat muss es den letzten Deutschen vorkommen, wenn sie solche Äußerungen vernehmen“ (Winkelsett 2008).

Eine vergleichbare Tonart findet sich in der Kampagne des *NPD*-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen im Herbst des Jahres 2008: „Deutsche wehrt euch – Gegen Überfremdung, Islamisierung und Ausländerkriminalität“ lautet der Aufruf der rechtsextremen Partei zu einer Demonstration. „In allen Teilen Deutschlands erwehren sich standhaft Deutsche der Islamisierung ihrer Heimatstädte. Sie handeln für die schweigende Mehrheit. Nationale Politik ist die einzige Alternative zu diesem Multikulti-Wahn“ (NPD NRW 2008).

Auch über die Landesgrenzen hinaus finden vergleichbare Äußerungen internationale Aufmerksamkeit. So errang in Dänemark die Vorsitzende der *Dänischen Volkspartei*, Pia Kjaersgaard, bei den Parlamentswahlen im Dezember 2007 mit Hetzparolen gegen den Islam als „Pest über Europa“ einen Stimmenanteil von 14 Prozent, und auch Parteien wie die *Schweizerische Volkspartei* (SVP) und der französische *Front National* (FN) bedienen sich gerne des Antiislamismus als Wahlkampf-Ticket. In den Niederlanden fußte der überraschende Wahlerfolg der *Liste Pim Fortuyn* (LPF) bei den Parlamentswahlen 2002 vor allem auf der Propaganda gegen muslimische Migranten und die Religion des Islam als solche. Nach dem Mord an dem islamkritischen Regisseur Theo van Gogh durch einen Islamisten 2004 zog bei den Parlamentswahlen 2006 mit Geert Wilders *Partei für die Freiheit* wiederum eine rechtspopulistische Partei vor allem mittels antiislamischer Hetze aus dem Stand in das niederländische Parlament ein.

In solchen Kampagnen von Rechtsaußen wird in rechtspopulistischer Manier die Islamfeindlichkeit rassistisch aufgeladen, wie es das Beispiel der österreichischen FPÖ-Funktionärin Susanne Winter zeigt: „Die Anzahl der integrationsunwilligen, islamischen Landbesetzer hat in Europa mittlerweile eine unerträgliche Größe erreicht“, verkündete sie der österreichischen Rechtsaußen-Zeitschrift *Zur Zeit*. Nach Ansicht der FPÖ-Funktionärin betrifft eine solche „Islamisierung“ alle Städte Europas, der „muslimische Einwanderungs-Tsunami, der in den letzten Jahrzehnten unseren europäischen Kontinent mit Ausländern islamischen Glaubens überflutet“ habe, müsse „unbedingt und unverzüglich gestoppt werden“. Der Islam, so Winter, müsse „wieder dorthin ‚zurückgeworfen‘ werden, wo er herkommt. Nämlich jenseits des Mittelmeeres“ (Winter 2007). An einer solchen populistischen Stellungnahme zeigt sich ebenfalls deutlich die Verbindung der Religions- mit der Zuwanderungsfrage, die zudem programmatisch Eingang in die Politik der FPÖ gefunden hat.

„Wir und der Islam. Freiheitliche Positionen zur Religionsfreiheit, zur islamischen Welt und zur Problematik des Zuwanderungs-Islam in Europa“ lautet der Titel eines Anfang 2008 veröffentlichten Grundsatzpapiers der rechtspopulistischen Partei, in dem festgehalten wird, dass „der Islam kein Teil österreichischer oder europäischer Leitkultur war und ist“ und gefordert wird: „Die Islamisierung Europas und der Vormarsch des radikalen Islamismus in Europa sind zu stoppen“ (FPÖ 2008, 3).

Auch die separatistische Lega Nord in Italien versucht, mit dem Thema zu punkten. Exemplarisch kommt dies in einem Interview der neurechten deutschen Wochenzeitung *Junge Freiheit* mit dem Lega Nord-Politiker Giancarlo Giorgetti zum Ausdruck. Dieser begründet die antiislamischen Kampagnen seiner Partei mit dem Hinweis: „Weil wir unsere Tradition und

Kultur verteidigen“ (Giorgetti 2008). Zur Verkündung eines Kulturkampfes von Rechts wird gar die Historie bemüht: „Wir erinnern uns an die Seeschlacht von Lepanto, als 1571 eine christliche, vor allem auch venetianische Flotte siegreich das Vordringen des osmanischen Reiches stoppte.“ Im Rekurs auf die Geschichte glaubt man die eigene Politik in den Kontext eines quasi naturgegebenen Kampfes zwischen den beiden „Antipoden“ Christentum und Islam setzen zu können.

Eine Verknüpfung von Rassismus und Islamfeindlichkeit prägt auch die Propaganda des belgischen *Vlaams Belang* (VB), dessen Fraktionsvorsitzender Filip Dewinter bekundete: „Die Multikultur ist das Trojanische Pferd des Islams. Die Masseneinwanderung hat dazu geführt, dass unsere europäische Identität und Zivilisation in Bedrängnis gekommen ist. Die Multikultur hat dazu geführt, dass wir nicht mehr die Kühnheit haben um stolz auf unsere eigene völkische Identität und kulturelle Eigenart zu sein. Die Islamisierung Europas geht jeden Tag weiter“ (Dewinter 2008). Die beschworene Gefahr einer Islamisierung Europas dient zunehmend nicht nur als Wahlkampfthema im nationalen Rahmen. Der Antiislamismus fungiert zusätzlich als ideologisches Bindeglied zwischen der extremen Rechten in Europa, das sich auch in der Praxis niederschlägt.

Filip Dewinter betont hierzu die Notwendigkeit zur „länderübergreifenden Zusammenarbeit aller Patrioten im Kampf um die Identität und Souveränität der europäischen Völker“ (Bürgerbewegung Pro Köln 2008a). Nach dem Scheitern der Europaparlaments-Fraktion *Identität, Tradition, Souveränität* ist nun unter dem Banner des Antiislamismus ein weiterer Versuch zur Vereinigung der europäischen Rechtsaußen-Parteien gestartet worden. So trommelte auch die *Junge Freiheit* für die Neuformierung einer entsprechenden EU-Fraktion: „Der Wettlauf um die besten Positionen bei der europaweiten Vernetzung der Rechtsparteien ist eröffnet. Die Parteivorsitzenden Heinz-Christian Strache (FPÖ), Frank Vanhecke (Vlaams Belang/Belgien), Jean-Marie Le Pen (Front National/Frankreich) und Wolen Siderow (Ataka/Bulgarien) haben in Wien die Gründung einer europäischen patriotischen Partei angekündigt“ (Lattas 2008). Neben den REPs waren auf deutscher Seite auch Funktionäre von *pro Köln* auf jenem Treffen anwesend. Mit ihrer propagandistischen Fokussierung auf das Feindbild Islam versucht sich diese, als neue Kraft attraktiv für andere europäische Parteien zu machen. Denn obwohl die NPD bundesweit die stärkste Partei der deutschen extremen Rechten ist, kommt sie aufgrund ihrer mehr oder weniger offenen Bezugnahme auf den Nationalsozialismus nicht als deutscher Partner für europäische Modernisierungsbestrebungen von Rechtsaußen infrage. Da die REPs politisch seit Jahren an Bedeutung verlieren, will nun die bundesweit bislang noch unbedeutende *pro*-Bewegung in diese Lücke zu stoßen.

3. Instrumentalisierung von Moscheebaukonflikten

Sowohl programmatisch als auch in der politischen Praxis wird von *pro NRW/pro Köln* insbesondere der Bau von Moscheen in den Mittelpunkt gerückt. Dabei geht es der „Bürgerbewegung“ offenkundig nicht um eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Vielmehr kommt in den Kampagnen der „Bürgerbewegung“ ein rein instrumentelles Verhältnis dazu zum Ausdruck.

In der Wochenzeitung *Junge Freiheit* erläuterte der Vorsitzende von *pro Köln* und *pro NRW*, der Rechtsanwalt Markus Beisicht, den Hintergrund der Parteigründung: „In den neunziger Jahren waren alle herkömmlichen rechtsbürgerlichen Parteien an einen toten Punkt gelangt. Es war klar, wir mussten etwas Neues erfinden: Statt einer bundesweiten Partei, haben wir mit Pro Köln den entgegengesetzten Ansatz gewählt: den einer kommunalen Bürgerbewegung“ (Beisicht 2008). Angesichts der Mobilisierungsschwäche extrem rechter Parteien gerade in Westdeutschland erscheint ein solches Projekt interessant für jene, die sich um die Formierung einer neuen Kraft rechts von der Union bemühen. So fragt ein Redakteur der neurechten *Jungen Freiheit* nach dem Zweck dieses *pro*-Modells: „Pro Köln ist also keine Anti-Moscheebau-Bürgerinitiative, sondern ein rechtes Parteiprojekt, das nur in diesem Gewand daherkommt?“ Die Antwort des *pro NRW*-Vorsitzenden bestätigt dies: „So könnte man sagen. (...) Gerade in Großstädten kann man damit punkten! Wir haben die Marktlücke besetzt, und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten“ (Beisicht 2008).

Auch auf **europäischer Ebene** hat dieses Beispiel Schule gemacht: So gründeten Vertreter von *VB*, *FPÖ*, *REP* und *pro Köln* auf Initiative des *Vlaams Belang* im Januar 2008 in Antwerpen ein Bündnis „Städte gegen Islamisierung“. Laut Markus Beisicht ist die „Islamisierung Europas“, ein „Phänomen, das uns alle angeht. Egal ob in Köln, Wien, Berlin, London, Paris, Stockholm oder Rom“ (Bürgerbewegung Pro Köln 2008b). Im Zentrum steht die Agitation gegen den Bau von Moscheen. So heißt es in der Charta dieses Städtebündnisses: „Moscheen wirken als Katalysatoren für die Islamisierung der Stadtviertel.“ (Cities Against Islamisation 2008). Zum propagandistischen Auftakt wurden im September 2008 und im Mai 2009 ein so genannter „Anti-Islamisierungskongress“ in Köln veranstaltet.⁴ „Nein zur Islamisierung Deutschlands, Nein zur Kölner Großmoschee!“, hieß es in Ankündigungen der Veranstaltung mit dem Untertitel „Nein zu

Moscheebau, Nein zu Minaretten, Nein zu Muezzinruf“ (Bürgerbewegung Pro Köln 2008b). Bereits im Juni 2007 unterstützten Delegationen von *VB* und *FPÖ* medienwirksam eine *pro Köln*-Demonstration gegen den Bau.

Kampagnen gegen Moscheebau sind eine ideale Projektionsfläche zur Schürung von Ressentiments und Ängsten vor angeblicher „Überfremdung“. Europaweit werden mit gezielten Provokationen gesellschaftliche Konflikte zugespitzt. Zuspruch in der Bevölkerung erhofft man sich auch durch die Beschränkung des Baus von Minaretten. Die islamfeindliche Agitation setzt dabei nicht auf eine generelle Verweigerung von Religionsausübung, sondern bedient sich vielmehr des Arguments, dass Minarette einen unberechtigten Machtanspruch ausdrücken oder baulich nicht in die Umgebung passen würden. Während der inzwischen verstorbene Vorsitzende des *Bündnis Zukunft Österreich*, Jörg Haider, eine Kampagne für ein Minarettverbot in Kärnten ankündigte, um eine angeblich „schleichende Islamisierung Europas“ (o.V. 2007) zu verhindern, forderte *FPÖ*-Chef Heinz-Christian Strache, ein Bauverbot für Minarette in die Bundesverfassung aufzunehmen (Stuiber 2008).

In der Schweiz startete die rechtspopulistische Schweizerische Volkspartei (SVP) schon im Mai 2007 eine „Eidgenössische Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten“, mit dem Ziel der Aufnahme eines Minarettverbots in die helvetische Verfassung. In Belgien bedient sich die antiislamische Agitation des *VB* ebenfalls der öffentlichen Diskussionen um Moscheebauten: „Der Islam gehört nicht nach Europa, denn Europa ist ein Kontinent von Schlössern und Kathedralen und nicht von Moscheen und Minaretten“, so Dewinter bei einer Veranstaltung der deutschen *REP* (Die Republikaner 2008). In den Niederlanden forderte Wilders sowohl im Wahlkampf als auch nach seinem Einzug in das Parlament, den Bau von Moscheen gesetzlich zu verbieten.

4. Moscheen als Projektionsfläche verfehlter Integrationspolitik

Im Kontext von islamischem Fundamentalismus und Terrorismus hat sich die Bedeutung von mit dem Islam verbundenen Begriffen verändert, die Moschee beispielsweise wird „weniger als Ort des Gebets und der Begegnung wahrgenommen, als vielmehr als Ort der Verschwörung interpretiert“ (Schiffer 2005, 28).

Öffentliche Auseinandersetzungen um Moscheebauten sind wiederkehrend geprägt von kulturalisierenden Vorurteilen. Bei baurechtlichen Fragen werden meist „kulturelle Unterschiede mitverhandelt“, die den Inhalt der Diskussion entscheidend prägen: Zur Debatte steht der soziale Ort, den Muslime in der deutschen Gesellschaft einnehmen, und die Bedeutung, die ihnen die einheimische Mehrheit einräumen will. (Leggewie/Joost/ Rech 2002: 32 f.).

⁴ Die Teilnehmer der Veranstaltung im September 2008 konnten jedoch aufgrund von Blockaden größtenteils nicht auf den Kundgebungsplatz gelangen. Infolge gewalttätiger Auseinandersetzungen im Rahmen einer breit getragenen Protestkundgebung wurde die Veranstaltung schließlich polizeilich verboten.

Dabei wird sichtbar, was in der Vergangenheit im alltäglichen multikulturellen Nebeneinander – wenn überhaupt – eher folkloristisch wahrgenommen wurde: die Realitäten einer Einwanderungsgesellschaft.

Von den über 3 Millionen als Muslime definierten Gläubigen in der Bundesrepublik, zu denen landläufig auch die ca. 700.000 Aleviten gezählt werden, hat der allergrößte Teil einen Migrationshintergrund. Bereits seit den ersten Anwerbungsschüben „ausländischer Arbeitskräfte“ haben sich die Zugewanderten muslimischen Glaubens in Gebetsräumen getroffen. Die ca. 2.600 Moscheen in Deutschland sind zum allergrößten Teil selbst angemietete Räumlichkeiten, die meist unscheinbar in Hinterhöfen errichtet worden sind. Aktuell sind gerade mal etwa 150 Moscheen durch Kuppeln und Minarette äußerlich erkennbar. Betreut werden diese Gebetsräume durch Vereine, die zum größten Teil den muslimischen Verbänden zugehörig sind, die wiederum den Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland bilden.

Nicht nur deren Öffentlichkeitsarbeit und mangelnde Transparenz, sondern teilweise auch deren religiös überformte gesellschaftspolitische Ansichten bieten Anlass zur Hinterfragung. Im Hinblick auf dort vermittelte Gesellschaftsbilder und Wertekanons ist Kritik aus feministischem und aufgeklärtem und erst recht aus säkular-demokratischem Blickwinkel berechtigt. Doch diese Vereine zum Sündenbock verfehlter Integration zu erklären, hieße Ursache und Wirkung zu vertauschen. Denn diese Moscheevereine fungierten hierzulande lange Zeit als Ersatz für eine verfehlte – genauer gesagt nicht existente – staatliche Integrationspolitik. Sie waren soziale Anlaufstelle für Zugewanderte muslimischen Glaubens, die hier als „ausländische Arbeitskräfte“ ein weitgehend entrechtetes und sozial deklariertes Dasein führten. Lebten sie doch in einer Gesellschaft mit einem Blut- und Boden-Staatsbürgerschaftsverständnis, die noch bis in die 1990er Jahre hinein höchst offiziell leugnete, überhaupt eine Einwanderungsgesellschaft zu sein.

Es gibt viele legitime Gründe zur Kritik an religiösem Fundamentalismus jeglicher Couleur – jedoch kaum nachvollziehbare Gründe, warum nicht Hinterhofgebetsräume zu baulich ausgestatteten Moscheen und würdigen Gebetsräumen umgestaltet werden sollen. Denn eine lebenspraktische Integration des Islams ist laut dem Sozialwissenschaftler Rauf Ceylan nicht zuletzt „an der Entwicklung der Moscheen in den Städten abzulesen. Sie sind urbane, multifunktionale Einrichtungen, deren integrative Leistungen ignoriert und sogar als Integrationshindernis aufgefasst werden.“

Laut Ceylan ist hierbei „ein Perspektivenwechsel erforderlich, um ein angemessenes und realistischeres Bild zu erhalten. Allen voran geht es um die Anerkennung der bereits existierenden kulturellen und religiösen Vielfalt in deutschen Städten, die erst auf der Basis einer pluralistisch angelegten Verfassung

möglich geworden ist.“ (Ceylan 2008, 194). Schließlich ist die Anerkennung des Islam in Deutschland untrennbar verbunden mit einer Akzeptanz seiner öffentlichen Sichtbarkeit (vgl. Bielefeldt 2008, 32).

Die **integrationspolitischen Versäumnisse** sind nicht zuletzt einem Verständnis von Integration geschuldet, das „die sozialen, rechtlichen, ökonomischen Formen der Integration, die immer zugleich auch Formen der Desintegration nach sich bringen, zugunsten eines auf kulturelle Homogenität hin ausgerichteten Integrationsbegriffs vernachlässigt und damit die Anforderungen an eine solchermaßen verstandene ‚gelungene‘ Integration nachhaltig übersteigert“ (Nell/Yeschurun 2008, 162).

Ein solcher Begriff von Integration als **Quasianpassung** an die Vorstellungen von „Deutscher Leitkultur“ projiziert soziale und ökonomische Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten auf angeblich fehlende Integrationsbereitschaft. Diese Haltung ist sowohl bei Erwachsenen als auch bei jungen Menschen weit verbreitet. Mehr als die Hälfte der im Rahmen der Studie „Muslime in Deutschland“ befragten Jugendlichen gehen von einem strikten Anpassungserfordernis aus; „sofern Ausländer dem nicht entsprechen, befürworten diese Befragten, dass solche Zuwanderer das Land wieder verlassen sollten“ (Bundesministerium des Inneren 2007, 231). Nach Ansicht der Migrationsforscher Werner Nell und Stéphanie-Aline Yeschurun prägt ein solches Verständnis von Integration ebenso Debatten um „Schulerfolg bzw. –misserfolg, das Zusammenleben in Stadtteilen und jugendliches Devianzverhalten, in denen eine zunehmende Ethnisierung bzw. Kulturalisierung der Problembeschreibungen die zugrunde liegenden Phänomene sozialer Ausschließung und Benachteiligung überlagern und zu verdecken drohen“ (ebd., 162 f.).

5. Gefährliche Angstszenerien

Das **Schlagwort der „schleichenden Islamisierung“** als Synonym für kulturelle und religiöse „Überfremdung“ steht im Zentrum des neuen Rassismus von Rechtsaußen.

Die unsachliche pauschale Gleichsetzung von Religionszugehörigkeit mit dem Fundamentalismus und der Zuwanderungsfrage kennzeichnet dieses neuen, kulturell-religiös überformten Rassismus. Eine ideale Projektionsfläche findet er in populistischen Kampagnen gegen Minarette und Moscheebauvorhaben.

Reale unterschiedliche Probleme wie politischer Islamismus oder integrations- und bildungspolitische Defizite werden dabei zu argumentativer Munition eines kulturkämpferischen Populismus benutzt. Sie bieten einen gefährlichen Anknüpfungspunkt für öffentlich breit akzeptierte Kulturkampfpapieren auf Kosten des interkulturellen Friedens und der muslimischen Zugewanderten.

Zwischen 20 und 35 Prozent der deutschen Bevölkerung weisen Ressentiments gegenüber Muslimen auf, Vorbehalte gegenüber der islamischen Kultur sind noch weiter verbreitet und nehmen darüber hinaus von Jahr zu Jahr zu (Kühnel/Leibhold 2007, 141). Empirische Analysen weisen bei fast jedem dritten Bürger Deutschlands rassistische Einstellungsmuster nach (Decker/Brähler 2006), einer Befragung zufolge fühlen sich 39 Prozent durch die Anwesenheit von Muslimen „wie Fremde im eigenen Land“, 29 Prozent sind gar der Meinung, Muslimen solle die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden (Heitmeyer/Mansel 2007, 29).

Diese **Ablehnung von Muslimen** und Islam entwickelt sich aus bestehenden fremdenfeindlichen Vorurteilen, die sich in diesem Fall gegen Muslime richten, sie ist somit bisher zu großem Teil eine Konkretisierung von Fremdenfeindlichkeit auf eine spezifische gesellschaftliche Gruppe (Kühnel/Leibhold 2007, 144). Doch durch die Abwertung der islamischen Kultur scheint sich diese Ablehnung zu einem eigenständigen Phänomen zu entwickeln, verstärkt wird diese Herausbildung durch die undifferenzierte Gleichsetzung von islamischem Glauben und dessen islamistischen Ausprägungen sowie deren terroristischen Bestrebungen (ebd., 152).

Der Islam nimmt auch eine **Stellvertreterfunktion** für die Ablehnung des Fremden ein. So ergab eine Befragung aus dem Jahr 2006, dass etwa drei Viertel aller Befragten der Aussage zustimmten, die islamische Kultur passe nicht – oder zumindest eher nicht – in „unsere westliche Welt“ (Leibhold/Kühnel 2006, 142f.). Laut einer ebenfalls im Jahr 2006 durchgeführten Meinungsumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach vertraten 56 Prozent der Befragten die Ansicht, es herrsche „zurzeit ein Kampf der Kulturen“ und wiesen dabei eine prozentuale Steigerung von 10 Prozent gegenüber einer solchen Zustimmung bei einer zwei Jahre zurückliegenden Erhebung des Instituts auf. Zudem brachten 91 Prozent der Befragten den Islam mit der Benachteiligung von Frauen in Verbindung, 83 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, der Islam sei fanatisch, 71 Prozent sahen ihn als intolerant an, 62 Prozent bezeichneten den Islam als rückwärtsgewandt und immerhin 60 Prozent als undemokratisch (Noelle/Petersen 2006, 5).

Als prägendes Merkmal der öffentlichen und medialen Debattenkultur sieht der Journalist Eberhard Seidel eine **„Religionisierung der Ausländer- und Integrationsdebatte“**, deren Beginn in Deutschland er auf den Herbst 2004 anlässlich der Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh durch einen fanatischen Islamisten datiert: „Aus Millionen mehr oder weniger gut integrierter Einwanderer aus der Türkei und dem Nahen Osten wurden Repräsentanten einer Religion, der Terrorismus und die Gewalt als Wesensmerkmal innewohnen“ (Seidel 2008, 253). Nach seiner Ansicht beinhaltet diese

Debattenkultur einen Rutsch von Rechtsaußen-Parolen in breitere Kreise: „Ein Kulturalismus, der in der Vergangenheit dem äußersten rechten Rand des politischen Spektrums vorbehalten war, erfreut sich heute auch in der bürgerlichen Mitte großer Popularität“ (ebd., 258).

Der antiislamische Populismus erhält durch solche Entwicklungen Auftrieb, denn er baut auf den nationalistisch hergeleiteten Dualismus eines ethnisierten „Wir“ und „Die Fremden“ auf und kulturalisiert diesen Dualismus zu dem Feindbild der „Fremdreligion Islam“. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist daher ein Verzicht auf monokausal und auf rein kulturelle oder religiöse Aspekte reduzierte Erklärungsansätze für gesellschaftliche Probleme ebenso notwendig wie eine Überwindung kulturessentialistischer Vorstellungen von einem zeitlosen Wesen des Islams und nicht zuletzt ein Verständnis von Aufklärung, welches diese als ein nicht abgeschlossene gesamtgesellschaftliche Lerngeschichte versteht (Bielefeld 2008, 8).

Vernachlässigt werden zudem oftmals der Einfluss und die Folgen staatlicher Einwanderungs- und Integrationspolitik. Als strukturelle Ursache für Integrationsprobleme ist hier auch das fehlende kommunale Wahlrecht für Migranten zu nennen, die zum Teil bereits seit mehreren Jahrzehnten in Deutschland leben. So haben beispielsweise Türken als Nicht-EU-Bürger keine Möglichkeit, an der Kommunalwahl teilzunehmen (vgl. Kelttek 2008, 279 f.).

6. Handlungsanforderungen

Auch wenn in zunehmendem Maße Politik und Medien die Erkenntnis Einzug gehalten hat, dass Rechtsextremismus kein Phänomen allein der „politischen Ränder“ ist, hat das viel bemühte Schlagwort vom „Problem der Mitte“ bislang jedoch noch wenig praktische Berücksichtigung gefunden.

Hierbei sollte der **Blick auf die „weichen Faktoren“**, die möglichen Anknüpfungspunkte für propagandistische Modernisierungsbestrebungen von Rechtsaußen, gerichtet werden. Konflikte um Moscheebauten etwa dienen bei diesen Bestrebungen als Projektionsfläche und Einfallstor für rassistische Argumentationen.

In diesem Zusammenhang weist der Architekt und Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Salomon Korn, auf eine weit verbreitete kulturelle Verunsicherung hin: „Angesichts von Umfragen, denen zufolge ein Drittel der Deutschen ‚eindeutig islamfeindlich‘ ist, ein weiteres Drittel den Islam ‚pessimistisch-kritisch‘ sieht, viele Deutsche repräsentative Moscheebauten als ‚Machtdemonstration‘ empfinden und auf Dominanz von Kirchentürmen im Stadtbild beharren, werden Kontroversen über den Bau von Moscheen nicht abreißen.“ Laut Korn trägt eine aus Verunsicherung resultierende selektive Wahrnehmung zu kulturellen Pauschalisierungen bei: „Je weniger Muslime in Europa als Teil der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft

empfunden werden, desto stärker bildet sich Widerstand gegen ihre Moscheen“ (Korn 2008). Religiöse Glaubensfragen erhalten eine bedenkliche Erhöhung zu gesellschaftlichen Identitätsfragen. Der Philosoph Jürgen Habermas spricht von einem „neuen Kulturkampf“, der sich zwischen „Aufklärungsfundamentalismus“ und „Multikulturalismus“ bewege (Habermas 2008, 41).

Das **Schlagwort der „schleichenden Islamisierung“** als Synonym für kulturelle und religiöse „Überfremdung“ steht im Zentrum des neuen kulturalisierten Rassismus von Rechtsaußen.

Auf einer Podiumsdiskussion zur Tagung „Feindbild Islam“ im Herbst 2008 in Köln vertrat der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik, Mitglied der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, die Ansicht, dass die Auseinandersetzung über den Islam das „zentrale semantische Feld“ in der extremen Rechten sein wird: „Sämtliche andere Motive des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus sind nicht mehr verwendungsfähig. Offener Antisemitismus und NS-Ideologie sind aus nachvollziehbaren Gründen nicht mehr verwendungsfähig“, so Brumlik, der den Antisemitismus als die „letzte verbliebene kulturalistische Semantik“ der Rechten bezeichnete. Brumlik 2008, 83 f.)

Damit ist der Antisemitismus natürlich nicht verschwunden. Allerdings bietet die Moslemfeindlichkeit einen gefährlichen Anknüpfungspunkt für öffentlich breit akzeptierte Kulturkampfparolen auf Kosten des interkulturellen Friedens und der muslimischen Zugewanderten.

Deshalb sollte vom Schlagwort der „schleichenden Islamisierung“ Abstand genommen werden.

Literaturverzeichnis:

Attia, Iman (2008): Abschluss, Fürsorge und Exotismus. Kulturrassismus im Umgang mit Islam und „Muslimen“, in: Bundschuh, Stephan/ Jagusch, Birgit (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Aspekte, Stimmen, Gegenstrategien, Düsseldorf, 2. Aufl, S. 6-10.

Benz, Wolfgang (2008): Vorwort, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17, Berlin, S. 9-16

Bielefeldt, Heiner (2008): Das Islambild in Deutschland. Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam, Berlin.

Brumlik, Micha (2008a): Das halbierte Humanum. Wie Ralph Giordano zum Ausländerfeind wurde, in: Alexander Häusler (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, S. 232-238.

Bundesministerium des Inneren (2007): Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt, Berlin.

Brumlik, Micha (2008b): Diskussion, in: Häusler, Alexander / Killguss, Hans-Peter (Hrsg.) (2008): Feindbild Islam. Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen. Dokumentation zur Fachtagung vom 13. September 2008, Beiträge und Materialien der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, Köln

In Wirklichkeit haben wir es seit Jahren mit dem Gegenteil - einer schrillen kulturkämpferisch aufgeladenen Islamfeindlichkeit - zu tun. In Politik und Medien darf nicht unhinterfragt diese von Rechtsaußen inszenierte Kampfparole übernommen werden. Denn auch mit Begriffen wird Politik gemacht:

Wenn Online-Umfragen unhinterfragt mit Begriffen wie Islamisierung und Überfremdung operieren, wird der Kulturrassismus von Rechtsaußen hoffähig gemacht. Der rechtspopulistische Propagandaerfolg in Europa wie auch der Kölner Moscheestreit zeigen:

Mit nationalistischen Aufrüstungsparolen und schrillen Kulturkampfscenarien sind massenhaft verunsicherte, orientierungslose vorurteilsbeladene Bevölkerungsmehrheiten mobilisierbar – zu dem Preis, dass anstelle von Handlungskonzepten gegen reale soziale, ökonomische und integrationspolitische Probleme Feindbilder und hohle Identitätskonstrukte feilgeboten werden.

Daher bedarf es besonders in der heißen Wahlkampfzeit **einer eindeutigen Grenzziehung** zwischen legitimer und notwendiger Auseinandersetzung über Probleme in unserer Einwanderungsgesellschaft und kulturkämpferischen Feindbildproduktionen.

Kontakt:
Arbeitsstelle Neonazismus
Fachhochschule Düsseldorf
FB Sozial. u. Kulturwissenschaften
Gebäude 24.21 / Universitätsstr. 1
D-40225 Düsseldorf

Bürgerbewegung Pro Köln (2008a): Europäischer Gedankenaustausch. Volle logistische Unterstützung des Vlaams Belang für den Kölner Anti-Islamisierungskongress, 19.06.08, unter: http://www.pro-koeln-online.de/artikel08/190608_brue.htm, 19.06.08, Zugriff: 04.07.08.

Bürgerbewegung Pro Köln (2008b): Vorbereitungen für Anti-Islam-Kongress laufen auf Hochtouren, 10.03.08, unter: <http://www.pro-nrw.org/content/view/311/225/>, Zugriff: 04.07.08.

Bürgerbewegung Pro Köln (2007): Neue Rechtspartei gegründet: Bürgerbewegung pro NRW nimmt Kurs auf den Landtagseinzug 2010!, 10.09.07., unter: <http://www.pro-koeln-online.de/artikel5/pro-nrw.htm>, Zugriff: 04.07.08.

Bürgerbewegung Pro NRW (2008a): Pro-NRW-Petition an den Landtag: "Nein zu Großmoscheen, Minaretten und Muezzinruf!", 09.02.08, unter: <http://www.kongress.pro-nrw-online.de/content/view/268/200/>, Zugriff: 04.07.08.

Bürgerbewegung Pro NRW (2008b): Potential noch nicht einmal annähernd ausgeschöpft!, Interview mit Markus Beisicht vom 06.01.08, unter: http://www.beisicht.de/index.php?option=com_content&task=view&id=76&Itemid=44, Zugriff: 04.07.08.

Ceylan, Rauf (2008): Islam und Urbanität – Moscheen als multifunktionelle Zentren in der Stadtgesellschaft, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“.

- Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, S. 183-212.
- Cities Against Islamisation* (2008): Charter for 'Cities against islamization', unter: <http://www.citiesagainstislamisation.com/De/>, Zugriff: 04.07.08.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar* (2006): Vom Rand zur Mitte : rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Bonn.
- Dewinter, Filip* (2008): "Keulen is vandaag de hoofdstad van de Europese verzetsbeweging tegen de islamisering van Europa" Unter: <http://www.filipdewinter.be/page.php?linkID=652>, Zugriff: 13.11.2008.
- Die Republikaner* (2008): Republikaner, Vlaams Belang und FPÖ: gemeinsam für „Europa der Vaterländer“. Pressemitteilung Nr. 37/08, 21.06.2008.
- European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia* (2006): Muslims in the European Union. Discrimination and Islamophobia, Wien.
- FPÖ* 2008: „Wir und der Islam“, unter: http://www.fpoe-parlamentsklub.at/fileadmin/Contentpool/Parlament/PDF/Wir_und_der_Islam_-_Freiheitliche_Positionen.pdf, Zugriff: 22.11.2008.
- Giorgetti* 2008: „Unsere Tradition und Kultur verteidigen“ Giancarlo Giorgetti im Interview mit Jörg Fischer und Moriz Schwarz. In: Junge Freiheit v. 19.09.2008.
- Habermas, Jürgen* (2008): Die Dialektik der Säkularisierung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4/2008, S. 33-46.
- Häusler, Alexander* (2008): Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten, in: Ders. (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, S. 155-169.
- Häusler, Alexander / Killguss, Hans-Peter* (Hrsg.) (2008): *Feindbild Islam. Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen. Dokumentation zur Fachtagung vom 13. September 2008*, Beiträge und Materialien der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, Köln
- Heitmeyer, Wilhelm/Mansel, Jürgen* (2007): Gesellschaftliche Entwicklung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Unübersichtliche Perspektiven, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 6, Frankfurt a.M., S. 13-35.
- Keltek, Tayfun*: Aktivitäten der kommunalen Migrantenvertretungen in den Städten Nordrhein-Westfalens, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, S. 279-284.
- Königseder, Angelika* (2008): Feindbild Islam, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17, Berlin, S. 17-44
- Korn, Salomon* (2008): Zu schwach, um Fremdes zu ertragen? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 27.10.2008, S. 8.
- Kühnel, Steffen/Leibold, Jürgen* (2007): Islamophobie in der deutschen Bevölkerung: Ein neues Phänomen oder nur ein neuer Name?, in: Monika Wohlrab-Sahr, Levent Tezcan (Hrsg.): Konfliktfeld Islam in Europa, Baden-Baden, S. 135-154.
- Lattas, Peter* (2008): „Patrioten aller Länder, vereinigt euch!“ In: Junge Freiheit v. 01.02.2008. S. 7
- Leggewie, Claus* (2007): Nützliche Moscheebaukonflikte und ihre Lösung, in: Frankfurter Rundschau, 07.11.2007, unter: http://www.fr-online.de/frankfurt_und_hessen/dossiers/moschee_spezial/?em_cnt=1239268, Zugriff: 10.07.08.
- Leggewie, Claus/Joost, Angela/Rech, Stefan* (2002): Der Weg zur Moschee: Eine Handreichung für die Praxis, Bad Homburg.
- Leibold, Jürgen/Kühnel, Steffen* (2006): Islamophobie. Differenzierung tut not, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände, Band 4, Frankfurt a.M., S. 135-155.
- Naumann, Thomas* (2006): Feindbild Islam. Historische und theologische Gründe einer europäischen Angst – gegenwärtige Herausforderungen, Manuskript, unter: http://www.fb1.uni-siegen.de/evantheo/mitarbeiter/naumann/dokumente/feindbild_06_druckfsg.pdf, Zugriff: 11.11.2008.
- Nell, Werner/Yeshurun, Stéphanie-Aline* (2008): Arbeitsmarkt, Migration, Integration in Europa, Schwalbach/Ts.
- Nitzsche, Henry* (2008): frei gehaltene Rede auf dem Flughafen Köln-Bonn; Mitschnitt online unter: <http://www.pro-koeln-online.de/> v. 22.09.2008, Zugriff: 23.09.08.
- NPd NRW* 2008: „Deutsche wehrt euch – Gegen Überfremdung, Islamisierung und Ausländerkriminalität“, unter: <http://www.auslaenderstopp-nrw.de>, Zugriff: 22.11.2008.
- Noelle, Elisabeth/Petersen, Thomas* (2006): Eine fremde, bedrohliche Welt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.05.2006, Nr. 114, S. 5.
- o.V.* (2007): <http://derstandard.at/Text/?id=3014945> v.10.09.2007, Zugriff: 04.07.08.
- Peters, Jürgen/Häusler, Alexander* (2008): Pro NRW und Pro D – Entwicklung, Struktur und Methodik, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, S. 72-87.
- Rensmann, Lars* (2008): Rechtsextreme Parteien in der Europäischen Union: Welche Rolle spielen ‚Globalisierung‘ und Antisemitismus?, in: Ders./ Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Feindbild Judentum. Antisemitismus in Europa, Berlin, S. 399-453.
- Schiffer, Sabine* (2005): Der Islam in den deutschen Medien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 20, S. 23-30.
- Seidel, Eberhard* (2003): Die schwierige Balance zwischen Islamkritik und Islamophobie, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 2, Frankfurt a.M., S. 261-279.
- Seidel, Eberhard* (2008): In welche Richtung verschieben sich die medialen Diskurse zum Islam? in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt a.M., S. 250-259.
- Seidel Eberhard/ Dantschke, Claudia/Yildirim, Ali* (2001): Politik im Namen Allahs. Der Islamismus – eine Herausforderung für Europa. Hg. v. Ozan Ceyhan, MdEP. 2. Aufl., Brüssel.
- Stuiber, Petra* (2008): Parteichef nennt Moscheen "Störung des Ortsbildes". Jörg Haiders Kampf gegen die Minarette in Kärnten, in: Welt Online, 29.08.2007, unter: http://www.welt.de/welt_print/article1142601/Joerg_Haiders_Kampf_gegen_die_Minarette_in_Kaernten.html, 3.10.2007, Zugriff: 04.07.08.
- Thomsen, Thorsten* (2008): Die deutsche Rechte vor neuen Herausforderungen, in: Die Aula, April 2008, S. 14-15.
- Winkelsett, Uschi* (2008): Wer integriert wen? Moscheebau in Duisburg-Marxloh als Musterbeispiel der Integration von Deutschen in die neue Mehrheitsgesellschaft, in: REP NRW Pressemitteilung Nr. 289 vom 27.10.2008.
- Winter, Susanne* (2007): Schluß mit Asylmißbrauch! Graz wieder den Grazern!, in: Zur Zeit. Wochenzeitung für Österreich, Nr. 48; hier zit. nach: <http://www.zurzeit.at/index.php?id=272>, Zugriff: 07.07.08.